

Hallesche Zeitung

Einzelpreis 10 Pfennig

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 187/257

Bezugspreis: monatlich 2.40 Gebotamt. — Bestellungen nehmen sämtliche Debitanten, Einzelhändler und unter Anzeigenschein entgegen. — Distanzbestellung nur mit Vorbehalt der Rückzahlung.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8 Spalten 24 mm breit mit 10 Zeilen 12 Pfennig. Kleine Anzeigen 20 mm breit 10 Zeilen 12 Pfennig. Die 8 Spalten 20 mm breit 10 Zeilen 12 Pfennig. Die 8 Spalten 16 mm breit 10 Zeilen 12 Pfennig. Die 8 Spalten 12 mm breit 10 Zeilen 12 Pfennig.

Geschäftsstelle Halle-Saale Leipziger Straße 61/62, fernruf Zentral 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Druckereifabrikation 20 512.

Donnerstag, 30. Oktober 1924

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 20, fernruf Amt Kurfürst 8, 990. Kleine Berliner Schriftsetzer. — Verlag u. Druck von Otto Cielie, Halle-Saale

Französische Mißwirtschaft

Wie es in der Repfo ansieht

Französische Skandale

Doull aus der Repfo.

Paris, 29. Oktober.

Nach einer Meldung des „Matin“ ereignete sich im Gefühlsbereich der Reparationskommission dieser Tage ein eigenartiger Zwischenfall. Gerichtsbevollmächtigte kamen, um das Gehalt eines hohen Beamten der Reparationskommission zu prüfen. Dieser, trotzdem er etwa 100000 Franc monatlich bezog, hatte eine kleine Bekleidung gekauft, um die Reparationskommission hiervon erfahren, wurde er auf der Stelle entlassen. Während darüber, äußerte er sich auf den Personaleifer und andere Persönlichkeiten und wurde handgreiflich. Es wurde ihm die polizeiliche Hilfe telephonisch herbeigeholt, doch bevor Polizeibeamte erschienen, hatte er bereits entwichen. — Großes Aufsehen erregt in Paris die Verhaftung eines der größten französischen Industriellen, des Großhandelsunternehmers François Lévêque, wegen Steuerhinterziehung. Die Forderung soll auf mehrere Millionen Franc belaufen.

Republik zum ersten Male. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin SS. 10, Bernburgerstr. 8.

Finanzausgleich und Steuer-mildierungen

Berlin, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Wie wir an zutreffender Stelle erfahren, sind die Finanzminister der Länder vom Reichsfinanzminister zu einer Besprechung für Freitag, 31. Oktober, nach Berlin gebeten worden. Es handelt sich um den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern, der bis zum 1. April des nächsten Jahres fertig gestellt werden soll. Auch die vom Reichsfinanzminister geplanten Steuerermäßigungen dürften erörtert werden. Einzelheiten liegen derzeit nicht fest. Bei den vom Reichsfinanzminister heute abend veröffentlichten Mitteilungen handelt es sich um unzutreffende Mutmaßungen.

Paris, 29. Oktober.

Einem sonderbaren Skandal ist man an der Rhine bei Koln auf die Spur gekommen. Hauptächlich polnische und französische, aber auch portugiesische und spanische Arbeiter sollen die ehemaligen Soldatenfelder nach Belgien, Spanien und sonstigen Weltteilen verschifft haben, wo die Arbeiter der ganze Gebiet nach Metall durchwühlten. Man hört von einem besonders geschickten Arbeiter, der auf einmal 10000 Franc verdienen konnte, so ganz Arbeiter, die bei Koln in die Luft geflogen war. Hierbei stießen die Arbeiter auf ehemalige Schützengräben und Kriegsräucher. Die Entdeckung eines nicht identifizierten Soldaten befremdet.

Die Verschwendung bei der Rhein-armee

Paris, 29. Oktober.

Die „Ere Nouvelle“ veröffentlicht heute einen zweiten Artikel über die „Stände im Rheinland“, in dem es heißt: Die Republik bekomme seit einiger Zeit in zahlreichen Briefen Berichte über die Verschwendung in den einzelnen Abteilungen der Rheinarmee. Es sehe wie ein Fließ durch die Verwaltung. Einige Offiziere besäßen auf ungerade Weise große geliebte Vorteile. Große Privatfeste würden von höheren Offizieren mit Staatsgeldern veranstaltet. Tausende von Litern von Wein würden verschwendet; wenn solche Ausschweifungen führen umher, schließlich zum Verfall der Ehre der Armee und schließlich zum Verfall der Regierung und Gesetz. Man sieht, daß es nicht ohne Folgen bleibt.

Die beschlagnahmten Flugzeuge

Berlin, 29. Oktober.

Der „Berliner Volksbeobachter“ berichtet aus Paris: Halbamtlich wird mitgeteilt, es behände bereits die Lieferung der beschlagnahmten Flugzeuge an die französischen Luftstreitkräfte. Die Lieferung der beschlagnahmten Flugzeuge an die französischen Luftstreitkräfte wird demnächst wieder ausliefern wird.

Die ungelöste Frage im Zentrum

Zentrum und bayerische Volkspartei

Berlin, 29. Oktober.

Es scheint den hinter den Kulissen tätigen Mäxlern doch gelingen zu sein, die bayerische Volkspartei und das Zentrum an einen Verhandlungstisch zu bringen, an dem man sich über eine Verteilung des Wahlgebietes einigt. In dem letzten Artikel des Zentrums wird behauptet, daß die Verhandlungen bereits schon vor dem Aufbruch nach Bayern in der Richtung der Angelegenheiten geführt wurde, daß die Volkspartei im Reich keine Kandidaten aufstellt, dafür aber das Zentrum auf einen Wahlkampf in Bayern überzugehen verweigert. Man glaubt, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien der bayerischen Volkspartei abgeschlossen sind, von der es an ausführender Stelle auf der Wahlfrage geführt werden soll. Wir glauben, daß die Dinge doch noch nicht so weit gehen und daß die bayerische Volkspartei erst noch gewisse politische Annahmen verlangen, die sie in einer Verbindung mit dem Zentrum einbringen, die ihr hinsichtlich des künftigen Bestandes im Central-Parlament und dem künftigen Bestehen der bayerischen Volkspartei nicht ohne weiteres einverstanden sein können.

Das bayerische Gemeindevahlgesetz angenommen

München, 29. Oktober.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags nahm heute die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und bayerische Gemeindevahlgesetz in der ersten und zweiten Lesung an. Der bayerische Landtag hat heute seinen letzten Antrag dahin abgelehnt, daß die Kriegsteilnehmer, die ein Jahr mit der Waffe geübt haben, bei der Wahl des Bürgermeisters und der Ratgeber drei Stimmen haben sollen. Innenminister Cielie verwies darauf, daß der Antrag in der heutigen Abstimmung nicht mehr der Verfassung widerspreche, weil es sich nur um die Wahl des Bürgermeisters handle. So sehr die Staatsregierung den Wünschen der Frontkrieger hinsichtlich gegenüberstehe, so sei doch zu bemerken, daß die Wahl der Frontkrieger aus dem Antrag politische Vorteile sich ergeben würden. In der Abstimmung über den Antrag wurde zunächst betont, daß in den Gemeinden über 3000 Einwohner, in denen die Gemeinde- oder Stadträte der Bürgermeister wählen, dann die Stadträte, die Frontkrieger waren, ein erhöhtes Stimmrecht gegenüber den Nichtfrontkriegern haben würden, was eine Verletzung des Willens der Wähler für die Stadträte bedeuten könnte. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen des bayerischen Volks abgelehnt.

Owen Young in Berlin eingetroffen

Berlin, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der bisherige Generalagent für die Reparationsabmachungen, Owen Young ist heute nachmittag nach einer vierwöchigen Abwesenheit wieder in Berlin eingetroffen. In Begleitung des Herrn Young befand sich u. a. auch Walter Robinson, der dem Büro des Generalagenten für die Reparationsabmachungen angehört. Herr Young hat bereits gestern nachmittag die Amtsgeschäfte dem neuen Generalagenten für die Reparationsabmachungen, Wilbert, übergeben, verfügt aber noch, wie er Vertreterin (sachlich) mittelteil, über das Reparationskonto. Herr Young wird sich nach seinem Eintreffen in Berlin aufhalten und dann erwidern die Reise nach Amerika über London antreten. Der neue Generalagent für die Reparationsabmachungen wird morgen nachmittag in Begleitung des französischen Finanzattachés Parmentier in Berlin eintreffen. Herr Young legte mit Rücksicht auf die bereits erfolgte Übergabe der Geschäfte seine Vermögensübertragung über die Reparationsabmachungen ab. Herr Robinson hat die Amtsgeschäfte dem neuen Generalagenten für die Reparationsabmachungen, Wilbert, übergeben, verfügt aber noch, wie er Vertreterin (sachlich) mittelteil, über das Reparationskonto. Herr Young wird sich nach seinem Eintreffen in Berlin aufhalten und dann erwidern die Reise nach Amerika über London antreten. Der neue Generalagent für die Reparationsabmachungen wird morgen nachmittag in Begleitung des französischen Finanzattachés Parmentier in Berlin eintreffen. Herr Young legte mit Rücksicht auf die bereits erfolgte Übergabe der Geschäfte seine Vermögensübertragung über die Reparationsabmachungen ab. Herr Robinson hat die Amtsgeschäfte dem neuen Generalagenten für die Reparationsabmachungen, Wilbert, übergeben, verfügt aber noch, wie er Vertreterin (sachlich) mittelteil, über das Reparationskonto.

Neue Tageszeitungen in Berlin

Berlin, 29. Oktober.

Vom 1. November ab erscheint in Berlin unter dem Titel „Nationalpost“ eine neue Tageszeitung, die die Interessen der deutschen nationalen Volkspartei vertritt. Sie wird wöchentlich wöchentlich als Tagesausgabe und außerdem Sonntag als Wochenausgabe herausgegeben. Der Geschäftsführer befindet sich Berlin SS. 68, Zimmerstr. 75. Verantwortlich erscheint die von Karl Ritter geleitete „Nationalpost“.

Reparationsabmachungen

Berlin, 29. Oktober.

Die Reparationsabmachungen sind ein eigenartiger Zwischenfall. Gerichtsbevollmächtigte kamen, um das Gehalt eines hohen Beamten der Reparationskommission zu prüfen. Dieser, trotzdem er etwa 100000 Franc monatlich bezog, hatte eine kleine Bekleidung gekauft, um die Reparationskommission hiervon erfahren, wurde er auf der Stelle entlassen. Während darüber, äußerte er sich auf den Personaleifer und andere Persönlichkeiten und wurde handgreiflich. Es wurde ihm die polizeiliche Hilfe telephonisch herbeigeholt, doch bevor Polizeibeamte erschienen, hatte er bereits entwichen. — Großes Aufsehen erregt in Paris die Verhaftung eines der größten französischen Industriellen, des Großhandelsunternehmers François Lévêque, wegen Steuerhinterziehung. Die Forderung soll auf mehrere Millionen Franc belaufen.

Die ungelöste Frage im Zentrum

Zentrum und bayerische Volkspartei

Berlin, 29. Oktober.

Es scheint den hinter den Kulissen tätigen Mäxlern doch gelingen zu sein, die bayerische Volkspartei und das Zentrum an einen Verhandlungstisch zu bringen, an dem man sich über eine Verteilung des Wahlgebietes einigt. In dem letzten Artikel des Zentrums wird behauptet, daß die Verhandlungen bereits schon vor dem Aufbruch nach Bayern in der Richtung der Angelegenheiten geführt wurde, daß die Volkspartei im Reich keine Kandidaten aufstellt, dafür aber das Zentrum auf einen Wahlkampf in Bayern überzugehen verweigert. Man glaubt, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien der bayerischen Volkspartei abgeschlossen sind, von der es an ausführender Stelle auf der Wahlfrage geführt werden soll. Wir glauben, daß die Dinge doch noch nicht so weit gehen und daß die bayerische Volkspartei erst noch gewisse politische Annahmen verlangen, die sie in einer Verbindung mit dem Zentrum einbringen, die ihr hinsichtlich des künftigen Bestandes im Central-Parlament und dem künftigen Bestehen der bayerischen Volkspartei nicht ohne weiteres einverstanden sein können.

Das bayerische Gemeindevahlgesetz angenommen

München, 29. Oktober.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags nahm heute die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und bayerische Gemeindevahlgesetz in der ersten und zweiten Lesung an. Der bayerische Landtag hat heute seinen letzten Antrag dahin abgelehnt, daß die Kriegsteilnehmer, die ein Jahr mit der Waffe geübt haben, bei der Wahl des Bürgermeisters und der Ratgeber drei Stimmen haben sollen. Innenminister Cielie verwies darauf, daß der Antrag in der heutigen Abstimmung nicht mehr der Verfassung widerspreche, weil es sich nur um die Wahl des Bürgermeisters handle. So sehr die Staatsregierung den Wünschen der Frontkrieger hinsichtlich gegenüberstehe, so sei doch zu bemerken, daß die Wahl der Frontkrieger aus dem Antrag politische Vorteile sich ergeben würden. In der Abstimmung über den Antrag wurde zunächst betont, daß in den Gemeinden über 3000 Einwohner, in denen die Gemeinde- oder Stadträte der Bürgermeister wählen, dann die Stadträte, die Frontkrieger waren, ein erhöhtes Stimmrecht gegenüber den Nichtfrontkriegern haben würden, was eine Verletzung des Willens der Wähler für die Stadträte bedeuten könnte. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen des bayerischen Volks abgelehnt.

Owen Young in Berlin eingetroffen

Berlin, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der bisherige Generalagent für die Reparationsabmachungen, Owen Young ist heute nachmittag nach einer vierwöchigen Abwesenheit wieder in Berlin eingetroffen. In Begleitung des Herrn Young befand sich u. a. auch Walter Robinson, der dem Büro des Generalagenten für die Reparationsabmachungen angehört. Herr Young hat bereits gestern nachmittag die Amtsgeschäfte dem neuen Generalagenten für die Reparationsabmachungen, Wilbert, übergeben, verfügt aber noch, wie er Vertreterin (sachlich) mittelteil, über das Reparationskonto. Herr Young wird sich nach seinem Eintreffen in Berlin aufhalten und dann erwidern die Reise nach Amerika über London antreten. Der neue Generalagent für die Reparationsabmachungen wird morgen nachmittag in Begleitung des französischen Finanzattachés Parmentier in Berlin eintreffen. Herr Young legte mit Rücksicht auf die bereits erfolgte Übergabe der Geschäfte seine Vermögensübertragung über die Reparationsabmachungen ab. Herr Robinson hat die Amtsgeschäfte dem neuen Generalagenten für die Reparationsabmachungen, Wilbert, übergeben, verfügt aber noch, wie er Vertreterin (sachlich) mittelteil, über das Reparationskonto.

Neue Tageszeitungen in Berlin

Berlin, 29. Oktober.

Vom 1. November ab erscheint in Berlin unter dem Titel „Nationalpost“ eine neue Tageszeitung, die die Interessen der deutschen nationalen Volkspartei vertritt. Sie wird wöchentlich wöchentlich als Tagesausgabe und außerdem Sonntag als Wochenausgabe herausgegeben. Der Geschäftsführer befindet sich Berlin SS. 68, Zimmerstr. 75. Verantwortlich erscheint die von Karl Ritter geleitete „Nationalpost“.

